

Neuer Übeltäter gefunden: Häuserbau schadet dem Klima wie Fleischessen und Autos



Viele „Klimaleugner“ vermuten ja, daß die „Klimaretting“ in Wahrheit ein Programm zur Destabilisierung Deutschlands sei, was den Wünschen von Revoluzzern, Profiteuren und Unzurechnungsfähigen entgegenkomme. Ein Indiz für diese Haltung ist, daß die CO₂-Emissionen Deutschlands trotz großer Windrad- und Solarpaneelparks nicht zurückgehen.

Warum nicht? Ganz einfach: Die Windkraftanlagen bestehen zum Großteil aus Beton, dessen Herstellung richtig viel Energie braucht und Massen von Kohlendioxid produziert. Bis sich diese Kosten amortisiert haben, sind die Windräder meist schon wieder abrisssreif.

Aktuell kommt noch das [forcierte Bauprogramm der Bundesregierung](#) hinzu, das die Folgen der forcierten Masseneinwanderung in den Städten abmildern soll. 2018 wurden bundesweit 285.900 neue Wohnungen gebaut; geplant sind sogar 400.000 per anno. Aber nicht mit den Klimaschützern: Daniel F., irgendein „Experte“ von der Uni in Oldenburg, warnte, daß der Bauboom die „Erfolge“ des Klimaschutzes beim Verkehr wieder zunichte mache. In dasselbe Horn blasen natürlich auch die Moralverkäufer-NGOs wie der WWF, demzufolge die Zementherstellung allein 2% der deutschen CO₂-Emissionen ausmache; weltweit 8%.

Experte Daniel F. ergänzt, daß neue klimafreundlich gebaute Häuser nicht besser seien als Altbauten. Grund: Die beim Heizen eingesparte Energie komme meist durch erhöhten Aufwand beim Bauen wieder hinzu. Ein supergedämmtes Niedrigenergie-Haus kommt selbst auf lange Sicht ökologisch bei Null heraus. Wohnt die grüne Ökobourgeoisie deshalb besonders gerne in schönen, also unverspachtelten Altbauten?

Als Lösung bietet unser Experte an, die vorhandene Wohnfläche besser zu verteilen, da eigentlich genügend Quadratmeter pro Person vorhanden seien. Es gebe zu viele leerstehende Anlageobjekte (der Kapitalismus ist also schuld); und viele Rentner lebten allein in ihren großen Wohnungen (die Alten sind also schuld). Was den letzten Punkt angeht, ging die [Gemeindeverwaltung Neckartaiflingen](#) bei Esslingen (neben Stuttgart) bereits mit leuchtendem Beispiel voran: Ein Flüchtlingshelfer, Rentner, wohnte mit seiner Frau in einer über 100qm großen preisreduzierten Gemeindewohnung. Da die Verwaltung

zur dezentralen Unterbringung von Migranten dringend Wohnraum brauchte, kündigte sie dem Rentnerpaar die übergroße Wohnung und bot als Ersatz eine deutlich kleinere zum selben Preis an. Perfekt, eine Win-win-Situation, könnte man meinen. Leider zeigte sich die schöne Theorie in der Realität als unpraktikabel, da der Flüchtlingshelfer nicht ausziehen will. Ich verstehe das nicht, er hätte doch dem Klima und den Migranten gleichzeitig helfen können. Warum tut er es nicht? Ich fürchte, solche Fälle mit anhängenden Klagen werden den Lösungsvorschlag des Experten aus Oldenburg fast immer obsolet machen.